

Exporte stützen die Euro-Zone

Kleiner Lichtblick in einem düsteren Konjunkturbild

Ht. Brüssel · Nur ein Zuwachs der Ausfuhr hat den Euro-Raum im zweiten Quartal vor einem stärkeren Einbruch des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) bewahrt. Dies ergibt sich aus den detaillierten BIP-Daten, die das EU-Statistikamt Eurostat am Donnerstag veröffentlicht hat.

Eurostat bestätigte dabei auch seine Mitte August veröffentlichte erste Schätzung, wonach das saisonbereinigte BIP gegenüber dem Vorquartal um 0,2% gesunken ist. Die Veränderung gegenüber derselben Vorjahresperiode korrigierten die Statistiker hingegen leicht nach unten: Das BIP schrumpfte im Vergleich zum zweiten Vierteljahr 2011 sogar um 0,5% statt wie zunächst gemeldet um 0,4%. Für die ganze EU gingen die Revisionen in beide Richtungen: Den BIP-Rückgang gegenüber dem Vorquartal beziffert Eurostat neu mit nur 0,1% statt 0,2%, jenen gegen-

über demselben Vorjahresquartal hingegen mit 0,3% statt 0,2%.

Besonders stark, nämlich um 0,8% gegenüber der Vorperiode, sind im Euro-Raum im Berichtsquartal die Bruttoanlageinvestitionen gesunken (vgl. Tabelle). Ins Gewicht gefallen ist zudem der Rückgang des privaten Konsums, der zwar nur um 0,1% schrumpfte, aber mengenmässig sehr wichtig ist. Auch Vorratsveränderungen haben zum BIP-Einbruch beigetragen.

Einen Lichtblick bildeten die Exporte: Sie stiegen um 1,3% und damit kräftiger als die Importe, so dass der Außenhandel insgesamt den einzigen positiven Wachstumsbeitrag von Bedeutung leistete. In der gesamten EU entwickelten sich die einzelnen Komponenten des BIP sehr ähnlich.

Die Daten zeigen, dass die von der Schuldenkrise ausgehende Unsicherheit, die rekordhohe Arbeitslosigkeit und Austeritätsprogramme in einer Reihe von Staaten ihren konjunkturellen Tribut fordern. Kurzfristig ist wenig Besserung abzusehen, da die Schuldenkrise längst nicht überwunden ist. Zugleich dürften die Exporte allein kaum ausreichen, um die Europäer aus dem Sumpf zu ziehen, zumal sich wichtige Ausfuhrmärkte derzeit nicht überbordend entwickeln. Viele Auguren gehen denn auch davon aus, dass der Euro-Raum im ganzen laufenden Jahr einen BIP-Rückgang erleiden wird.

Reales BIP-Wachstum (Euro-Zone)

Veränderung in % gegenüber Vorquartal, saisonbereinigt	3. Q. 2011		4. Q. 2011		1. Q. 2012		2. Q. 2012	
	2011	2011	2011	2011	2012	2012	2012	2012
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,1	-0,3	0	-0,2				
Private Konsumausgaben	0,2	-0,5	-0,2	-0,2				
Staatliche Konsumausgaben	-0,2	0	0,2	0,1				
Bruttoanlageinvestitionen	-0,4	-0,5	-1,3	-0,8				
Exporte	1,5	-0,2	0,7	1,3				
Importe	0,5	-1,4	-0,2	0,9				

QUELLE: EUROSTAT

Ökonomen befürworten Ethik

Verein für Socialpolitik nimmt neuen Kodex in Satzung auf

gho. · Die Mitglieder des Vereins für Socialpolitik haben mit überwältigender Mehrheit für die Aufnahme eines Ethikkodexes in die Satzungen des Vereins gestimmt. Der 1873 gegründete Verein ist die wichtigste Interessenvertretung von Ökonomen im deutschsprachigen Raum. Mehr als 90% der abgegebenen Stimmen hätten den Kodex befürwortet, berichtete Michael Burda, Vorsitzender des Vereins und Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin, am Donnerstag. Später eintreffende Briefwahlstimmen könnten das Ergebnis noch geringfügig ändern.

Ramponierten Ruf polieren

Die Abstimmung unter den rund 3800 Mitgliedern fand im Vorfeld der Jahrestagung statt, die in der kommenden Woche in Göttingen abgehalten wird. Der Prozess zur Erstellung von Ethikregeln war von Burdas Vorgänger, Lars-Hendrik Röller, initiiert worden. Zu Beginn dieses Jahres hatte die führende Ökonomenvereinigung der Vereinigten Staaten, die American Economic Association, Ethikregeln eingeführt.

Die Ökonomen reagieren damit auf die öffentliche Kritik, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise immer lauter geworden ist. Der Ruf der Ökonomie habe in der Krise gelitten, sagte Burda. Der Vorwurf lautet unter anderem, dass die Unabhängigkeit nicht gegeben sei. Die Wirtschaftswissenschaften und die Finanzwelt sind in den Augen von Kritikern zu eng verwoben.

Die Standesregeln sollen helfen, in der öffentlichen Diskussion einer gemeinsamen Linie zu folgen. Dabei wurden laut Burda bereits vorhandene Normen im Prozess der Regelerstellung noch präziser formuliert. Die leitenden Prinzipien für die wissenschaftliche Arbeit und die Vermittlung der Ergebnisse sollen Transparenz, Objektivität und Unabhängigkeit sowie Fairness sein. Die Frage, wie weit man gehen solle, sei stark diskutiert worden, meinte Burda. Die Regeln des Vereins für Socialpolitik seien weniger strikt als diejenigen der amerikanischen Organisation, die beispielsweise auch die Nennung von engen Familienmitgliedern mit Interessenkonflikten vorschreiben.

(Un)beliebte Rankings

Für Aufregung in der Ökonomenwelt hatte auch der Aufruf zum Boykott des von der Zeitung «Handelsblatt» erstellten Betriebswirtschaftslehre-Rankings unter deutschsprachigen Betriebswirten gesorgt. Laut «Handelsblatt» wollen für das diesjährige Ranking, das nächste Woche erscheint, 339 Wissenschaftler von insgesamt 3016 nicht im Ranking erscheinen. Für die Volkswirtschaftslehre gibt es ein ähnliches Ranking. Die Akzeptanz unter den Mitgliedern des Vereins für Socialpolitik ist dort offenbar höher. Burda sagte, Quantifizierung sei in der Volkswirtschaftslehre üblich. Die Betriebswirtschaftslehre sei auch ein buntes Fach als die Ökonomik.

«Reflexe», Seite 26

Hypo Alpe-Adria braucht Kapital

M. K. Wien · Die verstaatlichte Bank Hypo Alpe-Adria muss laut Finanzmarktaufsicht (FMA) bis März 2013 die Eigenkapitalbasis um 2,2 Mrd. € stärken. Bezogen auf das Portefeuille von Ende April 2012 würde dies einer Eigenmittelquote von 12,7% entsprechen. Die FMA begründet den zusätzlichen Kapitalbedarf mit der «rezessionsbedingt konservativeren Einschätzung von Kreditrisiken» sowie der zunehmend angespannten Lage auf den Finanzmärkten.

Zuletzt war für Ende 2012 ein Kapitalbedarf von 1,5 Mrd. € errechnet worden. Die Bank hat nun bis Ende September Zeit, auf den Bescheid der FMA

zu reagieren. In einer ersten Reaktion sprach Hypo-CEO Gottwald Kranebitter von ausreichend kapitalisierten Töchtern in Österreich, Italien und Südosteuropa, doch gebe es Altlasten. Zur Jahresmitte hatte Hypo Alpe-Adria Problemkredite von knapp 10 Mrd. € in den Büchern. Während Vorstand und Aufsichtsrat der Hypo es für möglich halten, über den Abbau von Kreditrisiken ohne neuerliche staatliche Finanzspritze über die Runden zu kommen, sieht Hannes Androsch, Aufsichtsrat der für die Staatsbanking zuständigen Tochter der Staatsholding ÖIAG, nur die Wahl zwischen Kapitalaufstockung und «Bad Bank».

Die andere «Abzocker»-Debatte

Politische Grundstimmung für verschärften Kampf gegen «Preiszuschlag Schweiz»

Der Ärger über «überteuerte» Produkte aus dem Ausland löst in der Schweiz selbst bei bürgerlichen Politikern Sympathien für massive Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit aus. Dazu gehört namentlich die Idee eines faktischen Lieferzwangs.

Hansueli Schöchli

Für «Abzocker» will keiner sein. Deshalb ist die «Anti-Abzocker-Initiative» populär und hat das Parlament zu einem aus liberaler Sicht unangenehm weitgehenden Gegenvorschlag getrieben. Das Szenario scheint sich in der Debatte um die Revision des Kartellgesetzes im Gefolge des Frankenhochs zu wiederholen. Wieder ärgern sich breite Kreise über mutmassliche Abzocker, und diese sitzen schlimmerweise sogar noch im Ausland. Es geht um Lieferanten von Nivea-Crèmes, Coca-Cola, Möbeln, IT-Dienstleistungen und vieles mehr, das in der Schweiz 30%, 50% oder 70% teurer ist als im benachbarten Ausland.

Populärer Klang

Der «Preiszuschlag Schweiz» ist aus helvetischer Sicht ein Ärgernis: Hiesige Konsumenten und Firmen zahlen damit deutlich mehr als ihre Pendanten jenseits der Grenze. Ausländische Lieferanten versuchen den «Preiszuschlag Schweiz» damit durchzusetzen, dass sie Schweizer Firmen nicht zu den im eigenen Land üblichen Konditionen bedienen. Schweizer Grossverteiler beklagen sich zum Beispiel, dass für gewisse Produkte aus Deutschland ihr Einstandspreis höher liege als der Verkaufspreis der Produkte in Deutschland von Discountern wie Aldi oder Lidl.

Eine Motion der Konsumentenschützerin Prisca Birrer-Heimo will dies ändern. Sie fordert einen Lieferzwang ausländischer Firmen gegenüber Nachfragern in der Schweiz via ausländische Verkaufsstellen zu dort üblichen Bedingungen. Schon bis anhin gilt zwar ein Verbot der «Diskriminierung» bei Preisen und sonstigen Lieferbedingungen, doch beschränkt das Gesetz das Verbot auf marktbeherrschende Firmen. Die Motion fordert nun einen sehr weitgehenden Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit auch ohne Vorliegen einer Marktbeherrschung. Dies klingt populär: Wer will sich schon dem Kampf gegen «ausländische Abzocker» widersetzen?

Auch manche bürgerliche Politiker wollen dies nicht. Der Nationalrat hat die Motion im vergangenen Dezember gegen den Willen des Bundesrats mit 113 zu 74 Stimmen klar angenommen. Im Ständerat, der tendenziell etwas weniger populistisch denkt, wird es die Motion schwerer haben, doch stösst mindestens ihr Anliegen auch in der kleinen Kammer auf Sympathie. Dies zeigen Gespräche mit Mitgliedern der ständerätlichen Wirtschaftskommission (WAK), die sich letzte Woche über das Dossier gebeugt haben.

Die WAK hat allerdings weder zur vom Bundesrat geplanten Kartellgesetzrevision noch zur Motion Birrer-Heimo schon Beschlüsse gefällt. Die Botschaft aus Gesprächen mit bürgerlichen WAK-Mitgliedern ist, dass die Motion zwar weitgehende Einschnitte in die Vertragsfreiheit verlange, aber man das Anliegen verstehe und nach einer Antwort suchen müsse. Das Volkswirtschaftsdepartement (EVD) hat von der WAK den Auftrag gefasst, Vorschläge zu machen. Gesucht ist so etwas wie die Quadratur des Kreises: ein griffiges Mittel zur Aufweichung des Preiszuschlags Schweiz, ohne massive Einschnitte in die Wirtschaftsfreiheit.

Was heisst Beherrschung?

Im Prinzip brauche es gar keine Gesetzesänderung, sagt Roger Zäch, emeritierter Zürcher Rechtsprofessor, der einst auch Vizepräsident der Wettbewerbskommission (Weko) sowie Denner-Verwaltungsrat war. Er ist der geistige Vater der Motion Birrer-Heimo. Für Zäch ist zum Beispiel eine deutsche Firma, die sich weigert, Schweizer Kunden auf deutschem Boden zu deutschen Bedingungen zu beliefern, bereits «marktbeherrschend».

Da die Weko aber dies nicht ähnlich offensiv interpretiert, schlägt Zäch eine gesetzliche Ergänzung vor, wonach die Lieferverweigerung zu «marktüblichen» Bedingungen für sich allein bereits eine Marktbeherrschung zeige, womit das im Gesetz schon verankerte Verbot der Preisdiskriminierung in Anwendung käme. Im Ergebnis entspräche das den Forderungen der Motion Birrer-Heimo.

Wie der für Oktober erwartete Vorschlag des EVD aussehen wird, ist noch nicht entschieden. Die Definition von Marktbeherrschung ist laut Verwaltungsangaben ein denkbarer Ansatz. In der Verwaltung und auch in der Weko gibt es allerdings grosse Zweifel an der

Durchsetzbarkeit eines Lieferzwangs. Bussen an ausländische Firmen mit Schweizer Niederlassungen (wie jüngst im Fall BMW ausgesprochen) seien zwar vollziehbar, aber bei Firmen ohne Schweizer Präsenz werde es schwierig. Zudem könne der Lieferzwang diverse Unternehmen zur Auflösung ihrer Schweizer Niederlassung animieren. Roger Zäch sieht das anders: Nur Firmen, die nichts mehr mit dem Schweizer Markt zu tun haben wollten, könnten es sich leisten, Bussen nicht zu bezahlen.

Jeder will diskriminieren

Preisdifferenzen je nach Zahlungsbereitschaft der Abnehmer sind der Wunsch jedes Anbieters. Aus dessen Sicht zahlt im Idealfall jeder Kunde gerade so viel, wie er maximal zu zahlen bereit ist. In der Praxis ist das unmöglich, aber Firmen im In- und Ausland versuchen durch verschiedenste Manöver, Preisdifferenzen nach Kaufbereitschaft zu erreichen. Solche Manöver reichen von Treuerabatten über Billigproduktlinien und Luxusverpackungen bis zu ausgeklügelten Computerprogrammen etwa in der Luftfahrt. Solange der Wettbewerb spielt, ist dies volkswirtschaftlich wenig problematisch und effizienter als Einheitspreise – welche tendenziell zu weniger Transaktionen mit durchschnittlich höheren Preisen führen.

Im Prinzip gilt das Gleiche für Preisdifferenzierungen nach Ländern. Aus helvetischer Sicht liegt hier das Problem aber darin, dass die Schweiz in der Regel jeweils am «falschen» Ende der Preisbandbreite liegt – vor allem wegen des hohen Wohlstands und der relativ grossen Zahlungsbereitschaft. «Ich bin für die freie Preisdifferenzierung», betont Kritiker Zäch, doch Schweizer Firmen und Konsumenten dürfe es nicht verwehrt sein, sich im Ausland zu dortigen Bedingungen bedienen zu können.

Im Detailhandel tun dies die Konsumenten im Sog des Frankenhochs schon in grösserem Stil. Gemäss Branchenschätzungen dürfte der Schweizer Einkaufstourismus jenseits der Grenze heuer mit 5 Mrd. bis 8 Mrd. Fr. rund das Dreifache von 2009 ausmachen – ein erheblicher Wert angesichts des Schweizer Detailhandelsumsatzes von etwa 100 Mrd. Fr. im Jahr. Das tut den Detailhändlern weh und erklärt deren Aktivismus für die Motion Birrer-Heimo. Das Lobbying der Grossverteiler kann auch den dezenten Hinweis enthalten, dass man ohne befriedigende Lösung eine Volksinitiative erwägen möge.

Streit um das Steuerpaket in Tschechien

Die Regierung scheitert am Widerstand aus den eigenen Reihen

Die tschechische Mitte-Rechts-Regierung ist mit einem Paket zu Steuererhöhungen im Parlament abgeblitzt. Die Erhöhung von Mehrwert- und Einkommenssteuern wurde mit der nötigen Haushaltsanierung begründet.

Rudolf Hermann, Prag

Die tschechische Regierung hat am Donnerstag ihren Willen bekräftigt, ein Paket mit Steuererhöhungen dem Parlament nochmals vorzulegen, nachdem das Unterhaus das Projekt am Mittwoch bachab geschickt hatte. Der bürgerliche Ministerpräsident Necas will die Vorlage an ein Vertrauensvotum binden. Der Schwerpunkt des Pakets liegt auf einer Heraufsetzung beider Mehrwertsteuersätze um 1 Prozentpunkt auf 15% bzw. 21% und auf der stärkeren Besteuerung hoher Einkommen ab 2013.

Unzufriedene Konservative

Necas und Finanzminister Kalousek bezeichneten die Steuererhöhungen als notwendig, um die Staatsfinanzen besser ins Lot zu bringen. Andernfalls

könnten Prag negative Konsequenzen an den internationalen Finanzmärkten drohen. Die angestrebten Steuererhöhungen stiessen allerdings auf den Widerstand einiger bürgerlicher Abgeordneter, die darin einen Bruch von Wahlversprechen und ein Abweichen vom Programm der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) erblickten. Es handelt sich um Vertreter des liberal-konservativen Flügels, die gegen Necas eingestellt sind und sich laut Gerüchten, die derzeit in Prag die Runde machen, die Rückkehr von Vaclav Klaus an die Spitze der Partei wünschen. Dessen Amtszeit als Präsident wird in wenigen Monaten auslaufen.

Kritik von Präsident Klaus

Klaus hatte in letzter Zeit die Regierung Necas für den Plan der Erhöhung der bereits sehr hohen Mehrwertsteuer explizit kritisiert. Die Steuervorlage erhielt im Parlament in der Folge nur 94 von 200 Stimmen. Die bürgerlichen Rebellen erklärten, auch bei einer zweiten Abstimmung nicht von ihrer Linie abzuweichen, auch wenn die Regierung darüber zu Fall kommen sollte. Die Opposition signalisierte, einige Teile des Steuerpakets zu unterstützen, wenn

sich die Regierung dazu entschliesse, über einzelne Massnahmen separat und nicht über das Paket als Ganzes abstimmen zu lassen.

Schlechter Wirtschaftsgang

Im Gegensatz zu Polen oder der Slowakei, die immer noch Wachstum verzeichnen, hat sich in Tschechien die europäische Schuldenkrise in einer Kontraktion bemerkbar gemacht. Im zweiten Quartal 2012 gab es im Vergleich mit der entsprechenden Vorjahresperiode einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,2%.

Eine Ablehnung des Steuerpakets wirke sich in Mindereinnahmen von 25 Mrd. Kronen (1 Mrd. €; 0,7% des BIP) aus, sagte die Regierung. Diese ist bemüht, das Haushaltsdefizit, das 2012 knapp über 3% des BIP zu liegen kommen dürfte, knapp unter diese Marke zu drücken. Von diesem Ziel werde er auf keinen Fall abrücken, erklärte Finanzminister Kalousek. Ein Analytiker sagte gegenüber der Zeitung «Hospodarske Noviny», für die Finanzmärkte sei nur schon die Tatsache ein schlechtes Zeichen, dass sich die Haushaltstabilisierung in Tschechien jetzt politisch komplizieren werde.